

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 M.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seifer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 755.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Reizzeile oder deren Raum berechnet. - Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages ausgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 49.

Sonnabend, den 2. Dezember 1916.

20. Jahrgang.

Die Gewerkschaften nach dem Kriege.

III.

Eine weitere gleich wichtige Frage ist die staatliche Be-
laftung der Arbeiter nach dem Kriege. Eine ungeheuer
große Kriegslast ruht auf allen Staaten, die am Weltkriege
beteiligt waren. Die Milliardenanleihen sollen verzinst und nach
und nach getilgt werden. Schwere Ausgaben sind ferner nötig für
die Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen und verstorbenen
Soldaten und für die Kriegsbeschädigten. Das geht alljährlich weit
in die Milliarden. Die Deckungsfrage wird brennend. Und es
wird dann im Parlament zu den allgewohnten Kämpfen kommen,
Industrielle und Agrarier werden das Heil in indirekten Steuern
suchen, werden neue Verbrauchs- und Verkehrssteuern durchdrücken
wollen, die Arbeiterschaft wird auf Abwendung der indirekten durch
direkte Steuern bestehen. Die Arbeitervertreter werden dann in
voller Einmütigkeit die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten
haben. Für die sozialdemokratische Partei erwächst sodann ein
großes Maß der Verantwortung. Sie wird die auf dem Genèver
Parteitag 1918 beschlossene Taktik, wo die durch die Fraktion durch-
geführte Bewilligung des Wehrbeitrags mit großer Mehrheit gut-
geheißen wurde, weil sonst eine weitere Arbeiterbelastung einge-
treten wäre, mit aller Schärfe auch in der Zukunft befolgen
müssen. Das Gegenteil bedeutete die Ausschaltung der Arbeiterschaft
von der Steuerleggebung, sehr zumungunsten der proletarischen
Massen, die dann ein Opfer der kapitalistischen Steuerleggebung
würden und schwer bluten müßten. Hier muß alles darangelegt
werden, das zu vermeiden und eine gesunde Realpolitik zugunsten
der Arbeiterschaft durchzuführen.

Die neuen Einnahmequellen werden aber nicht aus schließ-
lich durch neue Steuern erschlossen werden können, dazu sind die
erforderlichen Ausgaben viel zu hoch. Es werden dann notwendiger-
weise auch noch andere Einnahmequellen für das Reich erschlossen
werden müssen. In erster Linie wird man dann an die Scha-
fung von Reichsmonopolen herangehen müssen. Wie steht
es mit den Monopolen heute?

Die Monopolisierung vollzieht sich heute schon vielfach durch
privatkapitalistische Vertrustungen und Syndikate. Wir beobachten
das im Bergbau, in der Eisenindustrie, beim Großschiffahrtsverkehr,
in der chemischen Industrie, beim Petroleum. Große stark finan-
zierte Gesellschaften monopolisieren Produktion und Vertrieb, setzen
die Preise fest, der Uberschuß fließt in die Taschen der Aktionäre
und Unternehmer. Beherrschte der Staat diese Monopole für Pro-
duktion und Handel, er könnte die Uberschüsse daraus im Interesse
der Allgemeinheit verwenden, wir kämen zum Staatssozialismus,
einer wichtigen Etappe zum positiven Sozialismus. Prinzipiell
wäre gegen eine solche Entwicklung nichts einzuwenden, sie
entwürde den Anschauungen des sozialdemokratischen Programms.
Wichtig ist aber die Frage, ob bei dieser Entwicklung auch in jedem
Falle das Arbeiterinteresse gewahrt wird. Stets wird es
nötig sein, alle aufstrebenden Neuerungen daraufhin zu prüfen.
Doch bei der deutschen Regierung über die Notwendigkeit von Mono-
polen schon heute Klarheit herrscht, unterliegt wohl keinem Zweifel.
Die Grundfrage ist für uns nicht allein die Forderung der Eigen-
schaftsform, sondern auch die Stellung der Arbeiter unter der
neuen Form.

Wie sind die Arbeits- und Organisationsverhältnisse in den schon
vorhandenen Monopolenbetrieben von Reich und Staat, bei der Post,
bei der Eisenbahn, im staatlichen Bergbau? Dieöhne vor allem
der unteren Angestellten sind keineswegs befriedigend, auch die
Organisationsbestrebungen sind bisher alle möglichen Schwereig-
keiten gemacht worden. In letzterer Beziehung könnte man aller-
dings sagen, daß es bei den Krupp, Siemens, Thyssen auch nicht
besser ausseh, jedoch waren dort immerhin dieöhne der Arbeiter
besser als in den monopolisierten Staatsbetrieben. Ferner hat schon
die Erfahrung gelehrt, daß dort, wo Staatsmonopole auf Produk-
tion und Handel bestehen, die Ware nicht billig und auch nicht be-
sonders gut ist. Dazu verfährt sehr leicht die Ausschaltung der Kon-
kurrenz. Jedemfalls wird es nötig sein, daß die Vertretung der
Arbeiterschaft auf all diese Punkte ihr sorgfältiges Augenmerk rich-
tet, sie zum Gegenstand ihrer Kritik macht und darauf hinwirkt, daß
die der Arbeiterschaft schädlichen Momente bei einer Monopolise-
ggebung ausgeglichen oder vermieden werden. Ein sorgfältiges, ein-
geübtes Studium der ganzen Frage wird also unbedingt nötig sein.

Im Bereich unserer zukünftigen proletarischen Aufgaben liegt
auch die Frage der Beschäftigung und Entlohnung der
Kriegsbeschädigten. Vor allem erwacht dabei den Gewerks-
chaften die wichtige Aufgabe, darauf zu achten, daß jedem Kriegs-
beschädigten bei einer Beschäftigung in Industrie und Handel der
Lohn für seine tatsächliche Arbeitsleistung gewährt wird. Schon
heute sehen wir bei manchen Unternehmern das Bestreben, die Rechte
der Kriegsbeschädigten auf die Lohnhöhe anzurechnen. Das muß
ganz entschieden bekämpft werden, einmal im Interesse der Kriegs-
beschädigten selbst, zum andern, um eine lohnsetzende Wirkung auf
die Vollarbeiter zu vermeiden. Hier ist die Mitwirkung der Ge-
werkschaften dringend nötig, sie werden dazu aber nur dann in durch-
greifender Weise fähig sein, wenn sie stark und gerüstet dastehen,
wenn der organisierte Wille der Massen hinter ihnen steht. Die
Notwendigkeit der Organisation ist auch an diesem Beispiel klar
sichtlich.

Betrachten wir weiter die Frage der Frau und die
Frage der Jugendlichen, soweit sie für das Gewerkschafts-
leben in Betracht kommen. Beide, Frauen und Jugendliche, kom-
men durch die Einwirkung des Krieges in höherem Maße als früher
für die Gewerkschaften in Betracht. So wird es auch nach dem
Kriege — wenn auch in etwas abgeschwächtem Maße — bleiben.
Wohl werden nach der Rückkehr ihrer Männer wieder viele Frauen
zur Hausarbeit zurückkehren, viele aber werden bei ihrem in Kriegs-
zeiten erworbenen Beruf verbleiben. Da gilt es dann, darauf hin-
zuwirken, daß die Frau nicht zur Konkurrentin des Man-
nes wird. Wo die Frau vollen Erfolg für eine männliche Arbeits-
leistung leistet, muß sie auch vollen den entsprechenden Lohn dafür er-
halten. Dies aber durchzuführen ist die Organisation der Frauen
selbst, sie für unsere gewerkschaftlichen Bestrebungen zu interessieren.
Das ist schwer, unsere langjährige Erfahrung beweist uns, daß es
sehr schwierig ist, die Frauen für die Organisation zu gewinnen.
Aber hier darf nicht nachgelassen werden. Alle Momente, die auf

die Allgemeinheit der Arbeiteröhne von lohnsetzender Wirkung
sein können, müssen eben ins Auge gefaßt, bekämpft und beseitigt
werden. Hierzu gehört auch der Mindestlohn der Frau. Ihn bei
gleicher Arbeitsleistung auf gleiche Höhe mit dem Männerlohn zu
bringen, gehört zu unsern unabwieslichen Aufgaben.

Rehnlich liegt es bei den Jugendlichen. Auch hier muß
immer wieder versucht werden, sie für die Organisation zu ge-
winnen. Zu unsern vornehmsten Aufgaben gehört es, uns unsern
Nachwuchs zu erobern, ihn mit unsern Bestrebungen und Ideen ver-
traut zu machen, ihn in der Organisation einzuführen, daß die
Jugendlichen zu denkenden, strebenden Menschen heranreifen und in
guter Weise unsere Organisation vertiefen und ausbauen. Hier
kommt nicht nur das Wohl der Jugend, sondern auch unsere gewerks-
chaftliche Zukunft in Frage. Daran zu arbeiten gebietet uns mit
eifriger Notwendigkeit der allen Arbeitern innewohnende Selbst-
erhaltungstrieb, gebietet uns die Sorge für das spätere Wohl unserer
Gewerkschaften.

So sehen wir eine große Summe von Aufgaben, ein ungeheuer
weites Arbeitsfeld auf vielen Gebieten des Wirtschaftslebens vor
uns, eine Fülle von Fleiß, Mühe und Sorge, die unsrer nach diesem
Kriege auf wirtschaftlichem Gebiete erwarten. Es bietet sich uns
aber auch die Möglichkeit reicher Fruchtternte. Dazu ist nur nötig,
alle Kräfte anzuspannen, alle proletarische Intelligenz, allen Fleiß
in den Dienst unserer Gewerkschaften zu stellen. Das
ist jedes Arbeiters unabwiesbare Pflicht. Hierzu bitten uns nicht
nur die hier aufgezeigten vielen Aufgaben an sich, sondern auch
die Tatsache, daß wir nach dem Kriege einem mächtigeren Unter-
nehmertum gegenüberstehen werden als vor dem Kriege. Die
Kapitalkonzentration macht starke Fortschritte.
Damit steigt auch die Macht des Unternehmertums. Das haben wir
gleichfalls in Rechnung zu stellen. Deshalb heißt es für uns, nicht
die Hände in den Schoß zu legen und müßig und gedankenlos in den
Tag hinein zu leben. Das würde sich später bitter rächen, es würde
ein böses Erwachen geben. Bereiten wir uns auf schwere Kämpfe
vor, schwere Kämpfe im Rahmen der Arbeiterklasse gegen Aus-
beutung und sozialen Druck. Bereit sein heißt alles. Und dazu
gehört feste, unermüdbare Arbeit am Ausbau der Organisation, an
der Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zu einheitlichem
Wirken. Möge die Arbeiterklasse auch nach dem Kriege sehen, daß
sie nie wanken und nachlassen wird, wenn auch der Widerfacher noch
so viele findet!

Dann braucht uns um die Zukunft nicht zu bangen und unser
Aufstieg zur Sonnenhöhe der Kultur wird sich vollziehen trotz
allem!

Ist ein dauernder Weltfrieden möglich?

Mitten aus den Wirren des Weltkrieges heraus, der seinen
Höhepunkt erreicht hat, hat der deutsche Reichskanzler v. Beth-
mann Hollweg den Ruf erhoben nach einem dauerhaften Welt-
frieden. In dem Hauptausfluß des Reichstags machte er am 9.
November 1918 folgende Ausführungen: „Wenn bei uns nach der Be-
endigung des Krieges seine entsetzlichen Verwüstungen an Gut und
Blut der Welt erst zum vollen Bewußtsein kommen werden, dann
wird durch die ganze Menschheit ein Schrei nach friedlichen Ab-
machungen und Verständigungen gehen, die, soweit es irgend in
Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuren Katastrophe
verhüten. Dieser Schrei wird so stark und so berechtigt sein, daß er
zu einem Erg- nis führen muß. Deutschland wird jeden Versuch,
eine praktische Lösung zu finden, ehrlich mitprüfen und an einer
möglichsten Verwirklichung mitarbeiten, das um so mehr, wenn der
Krieg, wie wir zuversichtlich erwarten, volkswirtschaftliche her-
vorringt, die der freien Entwicklung aller Nationen, kleiner wie
großer, gerecht werden. Dann wird das Prinzip des Rechts und der
freien Entwicklung nicht bloß auf dem Festland, sondern auch auf
dem Meere zur Geltung zu bringen sein. Die erste Vorbedingung
für die Beseitigung der einer Entwicklung der internationalen Be-
ziehungen auf dem Wege des Schiedsgerichts und des friedlichen Aus-
gleichs entgegenstehenden Gegensätze war, daß sie keine Angreifer-
Bereinigungen mehr bilden. Deutschland ist jederzeit bereit, einem
Völkerbunde beizutreten, ja sich an die Spitze eines Völkerbundes zu
stellen, der Friedensbündner im Raum hält.“

Dieser starke Wille zur Schaffung eines dauerhaften Welt-
friedens, den der Reichskanzler hier zum Ausdruck bringt, hat in
ganz Deutschland und darüber hinaus in den neutralen Ländern
einen kräftigen Widerhall gefunden. Man hat ihn einen Lichtpunkt
in der Kriegsdüsternis genannt. Die Hauptsache ist nun, diesen
Willen in die Tat umzusetzen. Daß sich dies nur unter den größten
Schwierigkeiten und unter Ueberwindung zahlreicher Hindernisse
vollziehen kann, braucht wohl nicht erst besonders erwähnt zu wer-
den. Diese Hindernisse scheinen vielen Menschen so unüberwindlich,
daß der Gedanke eines dauerhaften Weltfriedens als „idiotischer
Traum“ bezeichnet wird oder gar als „Ausgeburt eines weltfremden
Utopismus“ verachtet wird. Dennoch aber erscheint dieser Gedanke
als wohl durchführbar. Es ist nämlich sehr wohl möglich, den so-
genannten Pazifismus (das Streben nach einem Weltfrieden) aus
dem Bereiche der Utopie in die Wirklichkeit überzuführen, wie es ja
auch möglich gewesen ist, verschiedene andre Bestrebungen, die die
Zeitgenossen anfangs für Utopien und Hirngespinnste hielten, all-
mählich zu verwirklichen. Wir erinnern nur an den Sozialismus,
der sich auf manchen Gebieten bereits von der Utopie durch die
Wissenschaft hindurch in die Praxis umgesetzt hat.

Der hauptsächlichste Einwand, der gegen die Verwirklichung
eines dauernden Weltfriedens erhoben wird, besteht in der Behauptung,
daß die Urteile eines internationalen Schiedsgerichts nicht er-
zwingbar seien. Wenn es zu Zwistigkeiten komme und das Schieds-
gericht ein Urteil fälle, so gäbe es keine Möglichkeit, einen böswilligen
Staat, der sich dem Spruche nicht fügen wolle, anders als durch einen
Krieg zum Nachgeben zu zwingen. Und da eine solche Widerstands-
fähigkeit häufig vorkommen werde, so könnten die Kriege nicht vermieden
werden. Dieser Einwurf ist aber hinfällig, weil es auch andre
Mittel gibt, einen widerspenstigen Staat zur Nachgiebigkeit zu zwin-
gen, als dadurch, daß man ihn mit Krieg liberiert. Ein wirksames
Mittel ist der Boykott. Wenn die vereinigten Völker beschließen,
mit einem unbotmäßigen Staat jede Verbindung abzubrechen, so
wird er, er mag wollen oder nicht, bald nachgeben müssen. Ein jeder
Staat ist heutzutage, im Zeichen des Weltverkehrs, auf den andern
angewiesen, und wenn mit einemmal alle internationalen Täden

zwischen ihm und den andern Staaten zerrissen werden, so muß er
sich, bei Gefahr der Selbstvernichtung, zur Nachgiebigkeit bequemen.
Die Durchführung dieses Boykotts setzt allerdings voraus, daß
sämtliche Staaten in der Erhaltung des Friedens das erstrebens-
werteste Ziel erblicken und daß sie einig sind in dem Willen, ein für
allemal keinen Krieg mehr ausbrechen zu lassen. Die aus den
Graueln und Schädigungen des gegenwärtigen Weltkrieges hervor-
wachsende Kriegsmüdigkeit und das starke Friedensbedürfnis aller
Völker wird, wenn auch vielleicht nicht für immer, so doch für lange
Zeit, den allgemeinen Friedenswillen stärken und den Boykott gegen
die unwilligen Friedensbrecher zu einer starken Waffe machen.

Der zweite Einwand gegen einen Boykott ist, daß er die
bestehenden Völkerverhältnisse zerrütten und die Welt-
geschichte gewissermaßen stilllegen werde. Die Landkarte würde so
bleiben, wie sie im Augenblick der Proklamierung des ewigen Frie-
dens aussieht, und dadurch würde die heutige Staatenbildung und
Gebietsverteilung, die doch auch nur ein Ergebnis einer gewalt-
samen Entwicklung (durch Kriege, Eroberungen usw.) sei, für alle
Ewigkeit festgelegt werden. Dies sei aber ein Unrecht gegen junge,
aufstrebende Völker, die nach Selbstbestimmung und Betätigung drän-
gen, und es gäbe den augenblicklich im Besitz einer günstigen Lage
befindlichen altersschwachen Völkern einen unverdienten Anspruch
auf Schutz. Darum müsse hin und wieder ein Krieg kommen, der
wie ein frischer Luftzug die Gassen der Bergangenheit hinweg-
bläse und eine neue Umgruppierung schaffe. Dieser Einwand ist
offenbar nicht ohne Berechtigung, aber zweifellos wird der gegen-
wärtige Weltkrieg eine veränderte Landkarte bringen, die noch für
viele Jahre dauern kann. Wenn, wie zu hoffen ist, die Verhältnisse
Polens und der russischen Ekspirovinzen sowie der Baltanvölker
eine vernünftige Regelung gefunden haben, so wird einer Fest-
legung der bestehenden Grenzen nichts mehr im Wege stehen. Außer-
dem scheint ja auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, durch frie-
dliche Vereinbarungen unbillige Härten und offenbare Ungerechtig-
keiten zu beseitigen. Wenn erst der Internationalismus aus einer
Sache des Gefühls zu einer Sache des Willens geworden sein wird,
so werden sich ohnehin die Rechnungen und Eifersüchteleien zwischen
den einzelnen Völkern vermindern, so daß ein der höheren Sozial-
gerechtigkeit entsprechender Interessenausgleich mehr als bisher im
Bereiche der Möglichkeit liegt.

Ein weiterer Einwurf richtet sich gegen die Unparteilichkeit des
Völkerfriedensgerichts. Es wird nämlich behauptet, die Schieds-
richter könnten selbst beim besten Willen nicht unparteiisch urteilen,
da sie, zum wenigsten unbewußt, durch die Interessen oder durch die
Freundschaften bezw. Feindschaften ihres eigenen Landes beeinflusst
würden. Hierunter werde besonders Deutschland zu leiden haben,
weil es nun einmal der unbeliebteste Staat in der Welt sei und weil
seine Konkurrenten England und Rußland von alters her gewohnt
seien, hinter den Kulissen mit Veltchungen zu arbeiten. Diese Ge-
fahr liegt sicherlich vor, aber sie läßt sich dadurch herabmindern,
daß man den am Schiedsgericht beteiligten Staaten ein Einspruchsrecht
gegen offenbar unglücklich gestimmte Schiedsrichter einräumt und daß
man das Schiedsgericht aus Personen zusammenstellt, die ihre Un-
parteilichkeit bereits bewiesen haben und deshalb allgemeines Ver-
trauen genießen. Immerhin ist es doch wohl unter allen Um-
ständen besser, ein etwas unglückliches Urteil mit in den Kauf zu
nehmen, als einen Krieg ausbrechen zu lassen. Ueberdies erscheint
es durchaus nicht ausgeschlossen, daß das Völkerfriedensgericht im
Pause der Zeit und wenn sich die Völker erst an den neuen Rechts-
zustand gewöhnt haben, eine größere Selbständigkeit und Unab-
hängigkeit und damit auch ein allgemeines Ansehen gewinnen wird.
Es haben sich schon viele Einrichtungen, denen bei ihrem Entstehen
das größte Mißtrauen entgegengebracht und ein baldiger Mißerfolg
vorhergesagt wurde, zu einer höchst segensreichen Wirklichkeit ent-
wickelt.

Man braucht gar kein Utopist zu sein und für einen ewigen
Friedeszustand zu schwärmen, unter dem die Menschen wie Lämmer
lein miteinander leben werden, und kann dennoch einen dauerhaften
Frieden für die Zukunft für sehr wohl möglich halten. Niemand
kann mit Sicherheit voraussagen, wie sich unsere fernere Zukunft
gestalten wird, das darf uns aber nicht abhalten, alle unsere Kräfte
einzusetzen für eine internationale Verständigung auf der Grund-
lage einer gegenseitigen Achtung und Anerkennung. Gerade die mo-
derne Arbeiterbewegung, so sehr sie auch während des Krieges in sich
selbst uneinig ist, kann zu einem wichtigen Werkzeug eines dauer-
haften Friedens werden.

Die Wohlfahrtsfessel.

Eine ganze Reihe von industriellen Firmen haben ihren zu den
Fahnen einberufenen Angestellten und Arbeitern während des Krieges
eine materielle Unterstützung gewährt. Das ist eigentlich eine selbst-
verständliche Pflicht schon mit Rücksicht darauf, daß die meisten Unter-
nehmer an den hohen Gewinnen der Kriegsindustrie partizipieren.
Um so empfindbarer ist es, wenn einzelne Firmen versuchen, diese
lästige Verpflichtung abzuschütteln, oder auf Kosten der Arbeiter und
Angestellten aus diesen „Wohltaten“ für sich besonderen Nutzen zu
ziehen. Ein unrichtliches Beispiel dieser Art befindet sich das Vorgehen
des Rheinischen Eisen- und Stahlwerks Mettenberg. Diese Firma
hat an ihre unter der Fahne stehenden Angestellten folgendes Schrei-
ben verandt:

Infolge der langen Dauer des Krieges, der zu erwartenden
enormen Besteuerung der Gewinne und der heute noch unübersich-
baren Geschäftslage nach Friedensschluss sind wir genötigt, unsere
Interessen bei Auszahlung der Unterstützungsgelder zu wahren.
Unsere Interessen schreiben es uns aus den oben angeführten Grün-
den vor, in der Frage der Unterstützungsgelder unsererseits Klar-
heit zu schaffen und Vorkehrungsmassregeln zu ergreifen. Wir können
nicht Unterstützungsgelder zahlen, deren Summe schon eine be-
trächtliche Höhe erreicht hat, wenn wir nicht gewiß sind, daß Sie
sich verpflichten, noch mindestens drei Jahre nach Beendigung des
Krieges in unsern Diensten zu verbleiben. Die Maßnahme soll
keine Zwangs-, sondern eine Vorkehrungsmaßnahme unrichtig sein,
von dem Standpunkte aus: Leistung gegen Gegenleistung. Bei
weiterer Dienstleistung Ihrerseits nach Beendigung des Krieges
soll es nicht ausgeschlossen sein, daß Gehaltsveränderungen, so-
weit sie unsern Interessen entsprechen, eintreten können.

Diese Vorkehrungsmaßnahme unsererseits geschieht in Uebereinstim-
mung mit der heutigen Auffassung vieler großer Verbände und
Firmen und wird jetzt allgemein eingeführt.

Wir bitten Sie, die befohlene Befähigung mit Ihrer Unterstützung zu versehen, worauf wir sofort die weitere Auszahlung veranlassen werden; andernfalls müsste diese von nun an unterbleiben. Wir danken Ihnen für die bisher geleisteten Dienste, wünschen Ihnen für die Zukunft alles Gute und zeichnen in- zwischen...

Die Befähigung, die dem Schreiben beilag und laut der sich der Arbeiter verpflichten sollte, die bisher erhaltenen Unterstü- zungen entweder zurückzahlen oder noch längere Zeit in Diensten der Firma zu bleiben, hat folgenden Wortlaut:

Nach bekräftigter hierdurch, daß ich die bis zum 31. Dezember 1915 erhaltenen Unterstü- zungsgelder, die bis jetzt 2000 Mk. be- tragen, vollständig von dem Eisen- und Stahlwerk Altenberg erhalten habe und weitere Unterstü- zungsgelder bis zur Beendi- gung des Krieges als vorrückweise gezahlt betrachte.

Dieser Vorbehalt ist mit 5 Proz. p. a. zu verzinsen und wird als abgezahlt von Seiten der Firma betrachtet, wenn ich weitere drei Jahre nach Friedensschluß ununterbrochen im Dienste der Firma verbleibe bin. Sollte die Firma mir trotz Berücksichtigung meiner früheren Arbeitsleistung vor Ablauf dieser Frist kündigen, so soll der gesamte Vorbehalt ebenfalls als abgezahlt.

Das Ganze gilt, wenn ich während des Krieges oder inner- halb dreier Jahre nach Friedensschluß sterben oder eine solche Schwere Verletzung oder Dienst des Vaterlandes erleiden sollte, die mich an der Weiterverrichtung meiner früheren Arbeit verhindert. Sollte ich während des Krieges oder innerhalb dreier Jahre nach Friedensschluß meine Dienste bei der Firma auskündigen, so ist der Vorbehalt als sofort fällig zu betrachten; ebenso, wenn meine demnächstige Arbeitsleistung sich durch mein Verschulden gegen früher rechtfertigen oder die Firma durch mein Verschulden zu einer früheren als vorstehend festgesetzten Frist zur Auskündigung ge- zwungen sein sollte.

Geldpost-Mitteilungen.

Nummern 15. 11. 16.

Hierbei Zeitarbeiter!

Da den letzten vier Wochen meines Kriegsdienstes habe ich mich nicht als in den vorigen Monaten derselben. Am 22. Oktober wurden wir aus unserer russischen Stellung bei Jakob- lehr (Kurland) abgedrückt, die wir erst im Jahr innehaben. Nach dreiwöchiger Fahrt durch Polen, Deutsch- und Oesterreichische Gebiete kamen wir über Budapest in Wien an. In Wien erfolgte die Unternehmung eine herrliche Fahrt. Dann begann die Wanderung durch die Gebirge der Transalpinischen Alpen über den Gailthaler-Joch (an seiner höchsten Stelle 1621 Meter hoch) nach Innsbruck. Auch hier wäre ich schon gewesen, wenn man sie bei Innsbruck als freier Mann zurückgehen könnte. Aber der letzte Krieg. Der Pazifismus von Menschen- und Viehweiden. Die Vergewaltigung der Besatzung überlassen bleiben. Verfügte über die verlassene Ortschaften besetzten den Kriegspfad gegen die sich nicht halten können. Am 11. November hatten wir die erste Treffen mit ihnen. Ein Gebirgssturm nach allen Regeln der Kunst. Bergab schleppten die alten Knochen ihre Last, Bergauf auch selber auf dem A-Kernschiffen. Unserm Ansturm, ge- führt durch Mäulerei und Pfeifenwehre, konnten die Rumänen nicht standhalten und mit verhältnismäßig geringen Verlusten wurden sie aus dem Berggebiet verdrängt. Zum Transport einer Anzahl Gefangener (200) wurde auch ich bestimmt. Sie mußten marschieren und die Verwandten umschauen. Und nun ging zurück nach dem Berggebiet von dem Gailthaler Joch — ein Dorf des Gailthales. Man sollte nicht, wenn man mehr bedauern sollte, die ge- wöhnlichen Verbundenen über die Träger. Beide hatten unter dem schweren Gebirgspfad zu leiden. Selbst die Begleitmannschaften waren nicht ausgenommen. Doch was will das sagen; es scheint über- raschend keine Ursache des Unbehagens zu geben, man muß alles für- nehmen. Am 15. 11 kam ich bei meinem Truppenteil wieder an. Meine unmittelbaren eingehenden Pakete waren an meine Gruppe gekommen. Ein Bericht von meiner Verwundung (ein paar Finger waren mir unter dem Ansturm abgefallen) gab die Veranlassung zur Verwundung. Ich wurde als ein Lazarett und freute mich zum Trost meiner Verwundung. Doch mit der Gefährlichkeit des Wagens ist kein Vergleich zu haben — bei einem Sturz am 17. 11. erhielt ich einen Schlag in das rechte Gesicht (das war ausgerückt! Die Red.), was mich jetzt in einem Lazarett liegt. Ein Berliner Kran- kenwagen wurde mir zu haben, noch lieber mein baldiger Einzug als Ge- sandter in den Lazarett Berlin. Das es dort übrigens auch ohne mich sein wird, bemerkt die Feuerungsanlage. Die liegt zwar noch im Lager, aber der Erfolg des Verbandes ist doch nicht mehr zu erwarten. Offensichtlich ist das bis ihm noch weiter- zugehen. Der von dem Verbande eine gute Zukunft wünscher, verbleibe ich mit dem besten Gruß

Zeit 258 E. W.

Korrespondenzen.

Am 25. November stattgefundenen Versammlung der... (text continues with details of the assembly and organizational matters)

Rundschau.

Anzeichnungen. Kollege Paul Lux aus der Zahlstelle Gotha ist vom Unteroffizier zum Feldwebel befördert und mit dem Eisernen Kreuz 1. und 2. Klasse ausgezeichnet worden. — Kollege A. v. d. Bodenkirchen erhielt das Eiserne Kreuz 2. Klasse und wurde zum Unteroffizier befördert. — Die Kollegen Otto Israel und Hermann v. d. A. n. e. r., beide aus der Zahlstelle Ebbau, erhielten das Eiserne Kreuz 2. Klasse.

Streiks und Ausperrungen während der Kriegszeit.

Nach der amtlichen Statistik waren im ganzen Reich zwei Streiks vor dem 1. Januar 1916 begonnen, aber nicht vor diesem Tage beendet worden. Dazu kamen im Laufe des ersten Viertel- jahrs 1916 noch 20 Streiks; mithin waren im ersten Vierteljahr 1916 insgesamt 22 Streiks. In derselben Zeit des Vorjahres waren es 24 Streiks.

Von den 22 Streiks hatten 4 (im Vorjahre 4) vollen Erfolg, 8 (7) teilweisen Erfolg, 10 (13) keinen Erfolg. Die Streiks be- trafen 23 Betriebe mit 13 197 Beschäftigten (im Vorjahre 26 mit 1128 Beschäftigten) und brachten 6 (6) Betriebe zum völligen Still- stand. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden betrug 2939 (1847) und die Höchstzahl der genannten Streikenden 284 (189). Mithin haben die Streiks in dem ersten Vierteljahr dieses Jahres eine größere Bedeutung gehabt als die im ersten Vierteljahr des vorigen Jahres. Die größte Ausbeutung genannten die Streiks in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, dann im Berg- bau, Mitten- und Salinenwerken, Torfabriken und endlich im Baugewerbe.

Dagegen ist im ersten Vierteljahr dieses Jahres keine Aus- perrung vorgekommen, während in derselben Zeit des vorigen Jahres zwei Ausperrungen zu verzeichnen waren.

Während des ganzen Krieges bis Ende 1915 fanden insgesamt 187 Arbeitstämpfe, Streiks und Ausperrungen statt. Sie umfaßten zusammen 930% Tage und betrafen 212 Betriebe mit 54 902 Be- schäftigten. 44 Betriebe wurden zum Stillstand gebracht. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden oder Ausgesperrten betrug 14 050, davon waren 4050 unter 21 Jahren. 51 601 Arbeitstage kommen hier als Verlust in Betracht, wenn die Zahl der Streikenden oder Ausgesperrten vervielfacht wird mit der Dauer der Arbeits- freistellungen. 2940 betrug die Höchstzahl der genannten Streikenden. 31 Betriebe fertigten Ersatzbedarf. 140 Arbeitsfreistellungen wur- den durch den Streik über den Arbeitslohn veranlaßt, 24 wegen Ar- beitszeit, 47 aus andern Gründen. In 31 Fällen hatten die Ar- beiter vollen Erfolg, in 43 Fällen teilweisen, in 93 Fällen keinen. In 47 Fällen wurden die Arbeitskämpfe beendet durch Verhand- lungen unmittelbar zwischen den Parteien, in 9 Fällen vor dem Ge- werbegericht, in 43 Fällen unter Vermittlung von Berufsvereini- gungen oder andrer Personen. In 38 Fällen wirkten Streikteilnehmer hin oder unterstützten sie; in 10 Fällen geschah dies insbesondere durch Geld. In 123 Fällen handelte es sich um Angriffsstreiks, in 40 Fällen um Abwehrstreiks.

Der Staatssekretär des Innern über die Feuerungsanlage an die Bauunternehmer! Der Staatssekretär des Innern hat am 9. November 1916 folgendes Schreiben an den Deutschen Arbeitgeber- bund für das Baugewerbe gerichtet:

Am Anschließung an mein Schreiben vom 29. September 1916 — II. 5878 — teile ich ergebenst mit, daß der preussische Herr Mi- nister des Innern den Kommunalverbänden Kenntnis davon hat geben lassen, in welcher Weise der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten zu dem Gesuche des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe um Erstattung der bei der Tarifverlängerung im Mai d. J. bewilligten Feuerungsanlagen Stellung genommen hat. Zugleich hat der Herr Minister den Kommunalverbänden nahelegen lassen, bei an sie gerichteten Vorschlägen von Bauunternehmern auf Bewährung von Zuschlägen zu den Vertragspreisen aus dem gleich- zeitig ein entsprechendes Entgegenkommen eintreten zu lassen. Von hier aus sind außerdem die sämtlichen außerpreussischen Bundesregierungen von der Stellungnahme des Reichsfinanzamts, des preussischen Herrn Kriegsministers und des preussischen Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten zu der Frage der Erstattung von Feuerungsanlagen in Kenntnis gesetzt worden.

Zur Krankenunterstützung.

Nachdem bei Kriegsausbruch die Krankenunterstützung innerhalb unres. Verbandes aufgehoben war, beschloffen Verbandsvorstand und Verbandsrat, vom 29. März 1916 an die Krankenunter- stützung wieder einzuführen. In einer gemeinschaftlichen Sitzung im Juni d. J. beschloffen nun der Verbandsvorstand und der Ver- bandsauschuss, die Krankenunterstützung von 75 Pfg. auf 1 Mk. pro Tag zu erhöhen nach dem Beschluß vom Verbandstag in Dresden.

Die Bestimmungen zum Bezug von Krankenunterstützung lauten jetzt folgendermaßen:

§ 5. a) Die Unterstützung beträgt pro Tag 1 Mk. Die Krank- heit der ersten drei Tage — in allen Fällen — wird nicht unterstützt. Vom vierten Tage an kann bezogen werden:

Table with 3 columns: Bei 20wöchiger Beitragsleistung bis 6 Wochen, Höchsttag, and amounts (104, 158, 208).

Weibliche Mitglieder und Jugendliche erhalten pro Tag 50 Pfg. Bezugsbauer nach denselben Bestimmungen wie für die männlichen Mitglieder. Höchsttag ist 18, 24, 30, 36 Mk.

(Die Unterstü- zungsbauer ist gegen die frühere Bestimmung im alten Statut etwas verschoben, worauf wir besonders aufmerksam machen.)

b) Innerhalb eines Jahres wird die Unterstützung nur einmal gewährt. Das Unterstü- zungsjahr beginnt mit dem Erhebungs- tage der Unterstü- zung. Von diesem Tage wird stets 52 Wochen zurück- gerechnet und darf nur dann Unterstü- zung ausbezahlt werden, wenn der Krankenzuschuß noch nicht voll erhoben ist. Ausgesteuerte Mit- glieder haben erst nach 20wöchiger voller Beitragsleistung wieder Anspruch auf Unterstü- zung. Bei Kranken, die in verschiedenen Zeit- perioden innerhalb eines Jahres erkranken, werden die Unter- stü- zungswochen zusammengerechnet, bis bis nach der Beitrags- leistung in Betracht kommende Höchstsumme erreicht ist; bei wieder- holten Krankmeldungen kommt die dreitägige Karenzzeit in dem Unterstü- zungsjahre nur einmal in Anrechnung.

c) Die Kontrolle und Auszahlung liegt in Händen der örtlichen Zahlstellenverwaltung. Die erkrankten Mitglieder sind verpflichtet, bei der Auszahlung ein ärztliches Attest oder Krankenbuch vorzu- legen. Die Unterstü- zung der Einzelmitglieder wird nach Ein- lehnung eines ärztlichen Attests nebst Mitgliedsbuch vom Zentral- vorstand ausbezahlt.

d) Für Mitglieder, die von andern Organisationen übertreten, kommt die Resolution betreffs Hebermittlungsbedingungen in Anwen- dung siehe Erläuterung S. 141.

e) Mitglieder, die im Verbanne mindestens 52 volle Wochen- beiträge geleistet haben und zur aktiven Militärzeit eingezogen wer- den, sind unterwiesig, während und nach ihrer Entlassung vom Militär innerhalb 14 Tagen anzu- melden, sind von Tage der Anmel- dung an beurlaubt.

Abgie e in nicht nur für die aktiven, sondern für alle zum Verbandsrat eingezogenen Mitglieder maßgebend.

Der Zentralvorstand.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit ist das 5. Heft vom 1. Band des 35. Jahr- gangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das neue Polen. Von A. Reuter. (Schluß). — Der Wirt der Ver- fassung. Von Max Eugen Krug. — Arbeit und Kapital in der Zeit der Krisis. Von Fern. Jäkel (Berlin).

— Gallien. Von Jakob Biskner. — Literarisches Mundschau: Dr. A. Bettner, Russland. Von Sp. Reinhard Junge, Das Problem der Europäisierung orientalischer Wirtschaft, dargestellt an den B. Häftlingen der Sozialwirtschaft von Rudolf Zuckerman. Von O. Dr. Emil Herich, Die Parteien der Deutschen in Oesterreich und nach dem Weltkrieg. Von Anton Hofrichter.

Heft 35 der Glocke enthält u. a. folgende Artikel: Dr. P. Penck, W. d. R.: Friedenssituationen. Pacifico: Die engli- schen. Wilhelm Hanßen: Von der deutsch-normwegischen Spa- nung. Heinrich Gadow: Die neueste Entwicklung der deutsch- Eisenindustrie. H. Grigorjanz: Aus der deutschen Gewerkschaft- presse.

Druckfehlerberichtigung. In dem Verwaltungsbericht der Sta- bruchs-Berufsgenossenschaft für 1915 in Nr. 47, 3. Spalte, 78. Zei- muß es heißen: „1897 kamen auf je 1000 Vollarbeiter 11,94 (in 19,94) dieser Unfälle.“

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Auszahlungskisten zur Weihnachtunterstützung am 16. De- zember sind mit einem Begleitschreiben an alle Zahlstellen, sowie uns Abreisen von Orten zur Verfügung stehen, abgehandelt. Sol- in einer Zahlstelle die Sendung nicht eingetroffen sein, so ist die- dem Zentralvorstand bekannt zu geben.

Die Auszahlung erfolgt an alle, welche bis zum 11. Dezemb- zum Verbandsrat eingezogen sind, vor ihrer Einschichtung mindeste- ein Jahr organisiert sind und 52 Beiträge geleistet haben. Ge- gleich, ob sie aktiv, als Reservist oder Landsturmmann eingezogen- sind und nicht mehr als 8 Wochen mit ihren Beiträgen im Mit- stand sind.

So Geld zur Auszahlung von der Zentrale gebraucht wird, ist das mitgelieferte Formular auszufüllen und rechtzeitig an die Zentrale einzusenden.

Einzelne Mitglieder haben ihre jetzigen Adressen anzugeben; wo dieses geschieht, kann die Unterstützung gesandt werden.

Die Zahlstellencassierer werden ersucht, den Mitgliedern in- Einberufung zum Militär in das Mitgliedsbuch oder die Zentrale- karte stets das Datum des Eintritts ins Heer einzu- tragen.

Bei Auszahlung von Unterstützung jeder Art ist stets zur- das Mitgliedsbuch in Ordnung zu bringen; eventuell rückständ- Beiträge sind abzugiehn.

Adressen-Änderungen.

Oberwiesla. Vorf. u. Kass.: Heinrich Barthel, Raue Str. 11. Maulbronn. Vorf. u. Kass.: Karl Oswald. Siegelanger (Post Zell a. Main). Vorf. u. Kass.: Peter Meßner.

Anzeigen

Schiffthauer n. Steinmetzen für Hart- und Weichstein gesucht. Wir garantieren dauernde Arbeit, 85 Pfg. Stundenlohn. Stettiner Steinindustrie, G. m. b. H., Stettin.

Steinmetz auf Grabsteinarbeit

sofort gesucht. Ernst Kaule, Stein- und Bildhauerwerk, Potsdam i. Hannover.

Im Felde gefallen

- Andere nachfolgende Kollegen: Hermann Rekowski, 36 Jahre alt, aus der Zahlstelle Königsberg. Otto Pötry, 28 Jahre alt, aus der Zahlstelle Dürheim. Mathias Gillet, 31 Jahre alt, aus der Zahlstelle Pöry II. Max kurz vorher zum Wigefeldwebel befördert und mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse dekoriert worden. Ewald Große, 36 Jahre alt; Max Teich, 35 Jahre alt; Paul Zschiedrich, 29 Jahre alt; Ernst Emil Oehme, 27 Jahre alt; sämtlich aus der Zahlstelle Dürheim. Lorenz Schmittler (Niederlamm), 30 Jahre alt; Friedrich Schmidt (Kriegslamm), 34 Jahre alt; Paulus Raitzel (Niederlamm), 30 Jahre alt; Johann Hoffmann (Niederlamm), 29 Jahre alt; sämtlich aus der Bezirksschiffthauer Schwabens- bad. Karl Paek, 35 Jahre alt, aus der Zahlstelle Bräu. Fritz Schicke, 32 Jahre alt, aus der Zahlstelle Strigau. Adam Vogel, 19 Jahre alt, aus der Zahlstelle Rath a. S. August Kremer, 32 Jahre alt, aus der Zahl- stelle Mißboden. Will, Otto Zisch, 26 Jahre alt; Hermann Schmidt, 41 Jahre alt; beide aus der Zahl- stelle Bausa. Ihre ihrem Andenten!

(Wir erziehen die Besten der Besten, das auch bei der Werbung über die- in Halle geschehen das Tagesanwesenheitsformular auszufüllen wird)

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht, in die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden. In Stragburg am 13. November der Sandsteinmetz Heinrich Bierrot, 36 Jahre alt, an Herzkrankheit. In Soltau am 13. November der Sandsteinmetz August Hundertmark, 51 Jahre alt, an Lungenerkrankung. In Dresden am 15. November der Sandsteinmetz Hermann Friedrich, 64 Jahre alt, an Nierenkrankheit. — Ebenfalls am 21. November der Sandsteinmetz Johann Spörl, 53 Jahre alt, an Lungenerkrankung. In Chemnitz am 18. November der Sandsteinmetz Ludwig Scheide, 39 Jahre alt, an Lungenerkrankung. Ihre ihrem Andenten!

Verantwortlicher Redakteur: Paul Starke. Leipzig. Verlag von Paul Starke, Leipzig. Druck: Druckerei der Leipziger Buchdruckerei-Verlagsgesellschaft.